



Regierungsrat Peter Gomm (l.) überreicht Bruno Huber und Sylvia Sailer von «Das andere Lager» den Sozialpreis. Kuno Tschumi, Präsident der Jury, hält die Urkunde bereit. HANSJÖRG SAHLI

Mit Herzblut für guten Zweck

Sozialpreis «Das andere Lager» wird für Integrationsarbeit gewürdigt

VON RAFFAELA KUNZ

Für einmal gehe es nicht um Schönheit und er werde auch niemandem ein Krönchen aufsetzen, sagte Regierungsrat Peter Gomm in seiner Festrede an der gestrigen Verleihung des Sozialpreises im Landhaus. Vielmehr solle der Preis an Menschen gehen, die sich nicht in erster Linie um ein perfektes Äusseres kümmern, sondern um das, was darin steckt. «Sich mit Herzblut für einen guten Zweck zu engagieren ist ausserordentlich, verdient grosses Lob und uneingeschränkte Anerkennung», betonte Gomm. So hätten auch alle Nominierten den Preis verdient.

Mit viel Herz und Begeisterung

Eine Auswahl musste die zehnköpfige Jury dennoch treffen. Eingegangen waren 63 Eingaben, vier davon wurden als Anwärter für den Preis von 20 000 Franken nominiert. Mit dem 5. Sozialpreis des Kantons wurde schliesslich «Das andere Lager» ausgezeichnet, ein Sportlager für 50 behinderte und ebenso viele nicht behinderte Jugendliche aus dem Kanton. Der Verein, der dieses Jahr sein

20-jähriges Jubiläum feiert, engagiert sich unter dem Motto «Die Stärkeren helfen den Schwächeren». Stellvertretend für den Verein nahm Bruno Huber den Preis in Empfang. «Es ist mir eine grosse Ehre», bedankte er sich. Über 1500 Stunden wendeten die sechs Mitglieder jährlich zur Vorbereitung des Lagers auf – und das mit viel Herz und einer Riesenbegeisterung, so Huber. «Vom Preisgeld werden wir alle Teilnehmer des nächsten Lagers etwas spüren lassen.»

«In einer stabilen Gesellschaft müssen alle einen Platz haben.»

Hugo Fasel, Direktor Caritas

Im Mai dieses Jahres fand «Das andere Lager» zum 20. Mal statt. «Seit seiner Premiere war das Lager ein Riesenerfolg, und daran hat sich bis heute nichts geändert», meinte Jurymitglied Roland Fürst. In durchmischten Gruppen haben die jugendlichen Lagerteilnehmer die Gelegenheit, zusammen mit qualifizierten

Helfern verschiedene Sportarten auszuprobieren. Es handelt sich um das grösste Integrationsprojekt auf freiwilliger Basis im Kanton: Das Lager steht nicht nur im Zeichen der Integration zwischen Menschen mit und ohne Behinderung, sondern auch zwischen Schweizern und Ausländern aus bis zu 14 Nationen.

Hugo Fasel als Festredner

Mit leeren Händen gingen auch die anderen Nominierten nicht aus. Sie erhielten einen Anerkennungspreis von je 5000 Franken. Es handelt sich um die Elektro Apparatebau AG Olten, die Chlausezunft Wangen bei Olten und den Freizeit- und Bildungsclub Thal-Gäu.

Zum Schluss betonte Festreferent Hugo Fasel, Direktor Caritas Schweiz, die Wichtigkeit von sozialem Engagement: Weil man ein Land nicht wie einen Betrieb führen könne, brauche es unentgeltliche Investitionen zur Integration von Randgruppen. «Wenn wir eine stabile Gesellschaft wollen, müssen wir dafür sorgen, dass alle einen Platz haben.» Er bedankte sich beim Kanton dafür, diesen Einsatz sichtbar zu machen.

Gastbeitrag zum Schienen- und dem Strassennetz

Mobilität ist zu billig – viel zu billig

VON CHARLIE SCHMID*



■ DASS DIE SCHWEIZ über ein hervorragend ausgebauten Strassen- und Schiennetz verfügt, ist bekannt. Es ist tatsächlich so gut, dass es allmählich zum Problem

wird. Leider reagiert die Politik mit Symptom- statt Ursachenbekämpfung. Sobald irgendwo ein Kapazitätsengpass geortet wird, fordert man Ausbaumassnahmen zur Entlastung. Der Engpass wird damit lediglich auf andere Streckenabschnitte verlagert. Das eigentliche Problem bleibt bestehen. Es sind der steigende Drang nach Mobilität und das Bevölkerungswachstum, welche unsere Netze zum Kollabieren bringen.

DIE LÖSUNG läge auf der Hand: Mobilität ist zu billig, viel zu billig. Die Nachfrage ist gross, das Angebot zu klein. Eine marktwirtschaftliche Selbstregulierung kann es nicht geben, da das Verkehrsnetz ein öffentliches Gut ist. Geld, um die gigantischen Kosten zu finanzieren, scheint

«Eine marktwirtschaftliche Selbstregulierung kann es nicht geben, da das Verkehrsnetz ein öffentliches Gut ist.»

vorhanden zu sein. Eben erst forderten die SBB weitere 5,7 Milliarden, um unter anderem die Fahrzeit auf der Strecke Zürich-Bern noch einmal um 11 Minuten zu verkürzen. Hinter den Nutzen lassen sich zumindest Fragezeichen setzen. Die ständige Kapazitätserweiterung bewirkt doch nur, dass noch mehr Verkehr angezogen wird und alte durch neue Engpässe ersetzt werden. Der Teufelskreis nimmt seinen unheilvollen Gang und unsere Gesellschaft tut das ihrige dazu. Zahlen belegen es: Waren 1960 noch gerade 23 Prozent der Erwerbstätigen Pendler, so stieg dieser Anteil im letzten Jahrzehnt auf

über 90 Prozent. Da der Pendlerverkehr gerade mal einen Fünftel des Verkehrsvolumens ausmacht, wäre das noch gar nicht allzu tragisch. Wirklich bedenklich ist, dass die Hälfte des Verkehrs Freizeitverkehr ist!

VOR WENIGEN TAGEN thematisierte diese Zeitung die Probleme des zusammenwachsenden Mittellands. Der soziale Lebensraum (Wohnort, Arbeitsort, Freizeit, etc.) wird ständig grösser. Abhilfe schaffen könnte nur eine massive Verteuerung langer respektive attraktiver Strecken. Möglich wäre dies durch ein System, wie es die Niederlande ab 2012 einführen wollen. Dort wird die Motorfahrzeugsteuer abgeschafft und jedes Auto mit einem GPS-System ausgerüstet, das die gefahrenen Kilometer misst. Entsprechend den zurückgelegten Distanzen wird Rechnung gestellt. Um die Entwicklung abgelegener Gebiete zu verhindern, müssten hierzulande attraktivere Strecken stärker besteuert werden als unattraktive; die Benützung der A1 müsste teurer sein als diejenige der Balmbergstrasse. Gleichzeitig müssten im öffentlichen Verkehr kurze Strecken und Reisen zu Randzeiten stark verbilligt, der Fernverkehr und Reisen zu Stosszeiten hingegen stark verteuert werden. Lenkungsunwirksame Pauschaltarife wie das GA oder die Autobahnvignette gehörten abgeschafft. Transparenz wäre alles.

EIN ROAD PRICING für die ganze Schweiz entstünde; ein Bonus-Malus-System zur Entlastung überbeanspruchter Verkehrswege. Die wieder in der Schublade verschwundenen Ideen der SBB, Zugfahrten zu Stosszeiten zu verteuern, ist der richtige Ansatz. Meiner Meinung nach könnte so viel gegen die Zersiedelung, die Agglomeration und gegen die Ressourcenverschwendung in unserem Land beigetragen werden. Salonfähig werden diese Pläne allerdings erst, wenn der Leidensdruck genügend gross sein wird.

* **Charlie Schmid**, Solothurn, Fraktionssekretär und Wahlkampfleiter FDP/Die Liberalen Kanton Solothurn

Gemeinden sind für Kostenbeteiligung SVP will 10 bis 15 Prozent Rabatt

Pflegefinanzierung Der Vorstand des Einwohnergemeindeverbands (VSEG) hat dem Vorschlag der Regierung zur Neuregelung der Pflegefinanzierung zugestimmt. Von den fünf vorgeschlagenen Modellen favorisiert er ebenfalls jenes, das die Regierung in seiner Botschaft an den Kantonsrat vorschlägt. Dieses Modell geht davon aus, dass die Gemeinden den gleichen Anteil wie die Krankenversicherer bezahlen und die Patienten 20 Prozent des vom Bundesrates festgelegten Tarifs je Pflegestufe. Daraus resultieren Kosten von rund 100 Franken pro Einwohner, die von den Gemeinden getragen werden müssen (wir berichteten). Brutto resultieren für die Gemeinden dadurch pro Jahr 40 Mio. Franken Mehrkosten. Da im Gegenzug die Gemeinden aber bei den Ergänzungsleistungen zur AHV um rund 20 Mio. Franken und bei der Sozialhilfe um rund 1 Million entlastet werden, reduzieren sich diese Mehrkosten entsprechend. Weiter werden die Gemeinden von der jährlichen Investitionspflicht von brutto 12 Mio. Franken in Pflegeheime befreit. Wie Marcel Chatelain, Chef Amt für soziale Sicherheit, in einem Schreiben an die Finanzverwalter der Einwohnergemeinden festhält, wird sich diese Entlastung «aber nicht eins zu eins in der Rechnung zeigen, da

sich die Investitionen nur einmal zum Zeitpunkt der Investition manifestieren». Sprich: Die vom ASO-Chef berechnete Entlastung bei den Investitionen ist nach Ansicht des VSEG rein fiktiv. Die jährlichen Mehrkosten für die Gemeinden beliefen sich demnach nicht «nur» auf 14, sondern 26 Mio. Franken. Trotz diesem «happigen Brocken» beurteilt der VSEG den Vorschlag als vernünftig. Denn: Damit bewege sich der Kanton im Schweizerischen Mittelfeld und die Betreuungskosten – auch für betreuungsintensive Pflegestufen in Zusammenhang mit dementsprechenden Bewohnern und Bewohnern – entsprechen den Vorstellungen der Preisüberwachung.

Tabula rasa im nächsten Jahr

Begrüsst wird vom VSEG, dass der Regierungsrat den Verteilschlüssel der Ergänzungsleistungen anpassen will. Die Lastenverteilung sämtlicher Sozialkosten zwischen den Gemeinden und dem Kanton soll 2012 überprüft werden.

Die kantonsrätliche Sozial- und Gesundheitskommission des Kantonsrates hatte letzte Woche dem vom Regierungsrat bevorzugten Modell zugestimmt. Dies aber unter dem Vorbehalt, dass sich der VSEG und der Regierungsrat darüber einig werden. (MZ)

Steuerdebatte Nach der Mundart-Initiative startet die SVP eine zweite kantonale Volksinitiative. Ziel ist eine dauerhafte Steuersenkung je nach Einkommen um 10 bis 15 Prozent.

Ergänzend zu einem überparteilichen Vorstoss, der im Kantonsrat hängig ist und eine Senkung des Steuerfusses um 10 Prozentpunkte fordert, startet die kantonale SVP heute Freitag die Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative «Weniger Steuern für alle». Grund: Obwohl die SVP den Vorstoss im Kantonsrat unterstützen wird, glaubt sie laut einer gestern verschickten Medienmitteilung nicht mehr daran, dass die Bürgerlichen dem Auftrag nach den Nationalratswahlen zum Durchbruch verhelfen. «Zudem geht uns der kantonsrätliche Vorstoss zu wenig weit, beinhaltet er doch eine Befristung für nur ein Jahr.»

«Sozial gerechter» Rabatt

Die SVP will eine dauerhafte Steuersenkung. Sie präsentiert einen Vorschlag, der den Steuerfuss des Kantons bei 104 Prozent belässt. Neu soll es am Schluss der definitiven Steuer-



Kantonsrätin Colette Adam präsidiert das Initiativkomitee. OM

rechnung, die jede natürliche Person jährlich erhält, einfach noch einen Rabatt von 15 Prozent geben. Damit dieser Rabatt laut SVP sozial gerecht

«Es besteht erhebliches Potenzial für mehr Effizienz in der Verwaltung.»
SVP-Medienmitteilung

eingesetzt wird, soll er für steuerbare Einkommen bis 75 000 Franken 15 Prozent betragen, bis 125 000 Fran-

ken sinkt der Rabatt linear degressiv von 15 auf 10 Prozent und über 125 000 Franken steuerbarem Einkommen beträgt er noch 10 Prozent.

Prozentzahlen sind nur «Beispiel»

Die von der SVP vorgeschlagenen Prozentzahlen sind aber nicht in Stein gemeisselt: Die Volksinitiative ist nämlich in Form einer Anregung formuliert. Die genannten Prozente sind im Initiativtext explizit nur als «zum Beispiel» bezeichnet. Regierung und Kantonsrat müssten die Umsetzung in Verfassung oder Gesetz selbst formulieren. Die über eine Volksinitiative lancierte Steuersenkung könnte somit auch erst in ein paar Jahren in Kraft treten.

Die SVP bezeichnet den Rabatt als eine einfache Lösung, die ohne bürokratischen Aufwand umgesetzt werden kann. «Es braucht bei der Steuerrechnung nur eine Zeile mehr mit dem Abzug des Rabatts.» Und wie soll der Kanton seine Steuerausfälle kompensieren? «Ohne neue Schulden zu machen», schreibt die SVP. «Zum einen besteht im Kanton Solothurn erhebliches Potenzial für mehr Effizienz in der Verwaltung, die in den letzten Jahren permanent gewachsen ist. Zum andern besteht viel Potenzial zum Sparen.» (SFF, CVA)